

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamtes zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846

Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Markt 15. Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Nr.: Amt Bautzen Nr. 21543. — **Gemeindeverbandsbezirk:** Bischofswerda Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. No. 26) über deren Raum 85 Pfg. örtliche Anzeigen 25 Pfg. Im Teil (Zm. No. 17) 75 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 60 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Das neue Lebensmittelabkommen.

Wie bereits in unserer letzten Nummer gemeldet, ist am Freitag abend in Brüssel ein neues Abkommen zur Lebensmittelversorgung Deutschlands unterzeichnet worden. Das neue Abkommen enthält folgende Vereinbarungen:

Berlin, 15. März. (B. I. B.) Die Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, über deren Finanzierung und über die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte, sind nach zweitägigen Verhandlungen in Brüssel heute unterzeichnet worden. Nach den Vereinbarungen über die Lebensmittellieferungen soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen, und sobald die Bezahlung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 270 000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Deutschland hat weiter das Recht, monatlich bis zu 70 000 Tonnen Fett und 300 000 Tonnen Brotgetreide oder ihren Gegenwert in anderen menschlichen Nahrungsmitteln zu kaufen und einzuführen, und zwar nicht nur aus Amerika und den Ländern der Antillen, sondern auch aus neutralen Staaten. Die Einfuhr von Fischen aus Fängen in europäischen Gewässern und die Einfuhr von Getreide soll hierbei nicht in Anrechnung gebracht werden. Die Einschränkungen hinsichtlich des Fischfangs in der Ostsee werden sofort aufgehoben. Zahlung soll für Lieferung im voraus erfolgen. Die Versorgung des linksrheinischen Gebietes soll in gleicher Weise wie die des rechtsrheinischen Gebietes erfolgen. Die deutsche Regierung soll ferner die Verschiffung über deutsche Häfen und das Inland nach Tschecho-Slowakei und Österreich gestatten. Um die Lebensmittelbeschaffung zu ermöglichen, werden die assoziierten Regierungen den Verkehr nach dem Zustand für Deutschland erleichtern. In Rotterdam soll eine ständige Kommission die kaufmännischen und sonstigen Fragen, die sich aus dem Abkommen ergeben, regeln.

Die nach Deutschland eingeführten Waren müssen bar bezahlt werden.

wobei Zahlungen in Reichsmark ausbleiben. Für die Bezahlung kommen in Betracht die Erträge von Ausfuhren aus Deutschland, sowie Ladung in deutschen Schiffen in neutralen Häfen, Kredite in neutralen Ländern, Verkauf oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere und Anlagen, Frachten deutscher Schiffe und schließlich Gold, das als provisorische Sicherheit für Vorschüsse dient. Da die assoziierten Regierungen über 270 000 Tonnen hinaus keine Lieferungsverpflichtungen übernehmen und nur eine Einfuhrerlaubnis von je 370 000 To. monatlich geben, muß Deutschland damit rechnen, den Versuch zu machen, einen nicht unerheblichen Teil der Lebensmittel von den Neutralen zu kaufen. Es sind daher Bestimmungen über die Ausfuhr nach neutralen Ländern und die Verwertung von Gold und ausländischen Wertpapieren für Kredite für Nahrungsmittelimport aus neutralen Ländern getroffen worden. Die Bestimmungen über den Verkehr mit neutralen Ländern, insbesondere die Ausfuhr und den Finanzverkehr, enthalten verschiedene Klauseln, insbesondere werden die assoziierten Regierungen bitten über Waren, deren Ausfuhr verboten ist, einhändigen; auch ist das System der schwarzen Listen in den neutralen Ländern noch nicht aufgehoben, obgleich dessen Wiedereinsetzung erwogen wird. Die assoziierten Regierungen haben entscheidenden Wert darauf gelegt, daß Deutschland die Lebensmittelzufuhren möglichst

durch Ausfuhren finanziert.

Es ist daher bestimmt worden, daß, abgesehen von der Bezahlung der bereits früher fest zugelegten 270 000 Tonnen Gold und ausländische Wertpapiere, einstuweilen nur im Betrag von 200 000 000 Dollars für die Bezahlung der Lebensmittelzufuhren verwendet werden dürfen. Ferner haben die assoziierten Regierungen, um auf die Behebung der industriellen Ausfuhrerlaubnis und damit auf die Wiederherstellung der inneren Ordnung in Deutschland einzuwirken, verlangt, daß die Einfuhren niemand zusammen dürfen, der infolge eigenen Verschuldens arbeitslos ist. Die deutsche Regierung hat sich schließlich bereit erklärt, in Brüssel ein Depot von elf Millionen Pfund Sterling in Gold zu hinterlegen, damit mit der Lieferung von Lebensmitteln sofort begonnen werden kann. Das Depot ist zurückzugeben, sobald andere Mittel bereitgestellt werden für die Überlassung der beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere an die assoziierten Regierungen. Es sollen von assoziierter und deutscher Seite Komitees gebildet werden.

Die assoziierten Regierungen verlangen ferner, daß mit der Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere sofort vorgegangen wird, was deutscherseits anerkannt wurde. Durch die bislang von den assoziierten Regierungen anerkannten Zahlungsmittel wird etwa nur die Hälfte der Lebensmittel zu decken sein, deren Einfuhr nach Deutschland gestattet ist. Die Frage der Deckung des Restes muß späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Das Abkommen über die

Zurverfügungstellung der Flotte

enthält die Ausführungsbestimmungen zum Trierer Abkommen. Hierbei sind einige Zusagen gemacht worden, insbesondere sind gewisse Ausnahmen, wenn auch vorläufig nur provisorisch, zugelassen. Ebenso bezüglich der deutschen Mannschaft und der Schiffsladungen. Auch die Frage des Delegierten ist in einem Sinne entschieden worden, der ein Arbeiten desselben erhoffen läßt. Der wesentliche Unterschied dieser Vereinbarungen gegenüber den bisherigen Verhandlungen liegt darin, daß die assoziierten Regierungen nicht Deutschland die Lieferungen einer bestimmten Menge von Lebensmitteln garantieren, sondern das Recht einräumen, Lebensmittel in der höchstmöglichen Menge von 370 000 Tonnen monatlich durch selbständigen Abschluß von Verträgen in der handelsüblichen oder neutralen Staaten einzuführen. Die Erhaltung der Kreditfähigkeit Deutschlands gegenüber diesen Ländern ist daher die Voraussetzung für die Möglichkeit der Ausnutzung der Einfuhrerlaubnis, und deshalb ist unsere wichtigste Aufgabe jetzt, die möglichste Steigerung der Ausfuhr von Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen.

Amsterdam, 16. März. (B. I. B.) Dem Allg. Handelsblatt zufolge, soll Anfang nächster Woche der Transport einer großen Menge kondensierter Milch und Speck von Rotterdam nach Deutschland beginnen. Ungefähr ein Drittel der gesamten Milch, die Deutschland zugewiesen wird, befindet sich schon in Rotterdam, desgleichen sind schon mehrere tausend Tonnen Speck dafelbst aufgestapelt.

Einer Reutermeldung zufolge erklärte der aus Paris nach London zurückgekehrte Lebensmittelkontrolleur Roberts, England treffe Vorbereitungen, um 100 000 Tonnen Kartoffeln nach Rotterdam zu senden, die unter Aufsicht der Militärbehörde nach Deutschland gebracht werden. Desgleichen werden Fett und kondensierter Milch gefendet.

Brüssel, 16. März. (B. I. B.) Agence Havas. Amerika bestimmte Antwerpen als Ausgangsort für sein Berproviandierungsunternehmen. Am Sonntagabend wurde ein Protokoll über die Schiffs- und Bahntransporte an den Rhein unterzeichnet.

Die Auslieferung der deutschen Handelsflotte.

Amsterdam, 16. März. (B. I. B.) Das Reutembüro erfährt weiterhin über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, daß aus verwaltungsmässigen Gründen die ausgelieferte Lomage unter die Alliierten verteilt werden wird. Amerika hat kein Interesse an Frachtdampfern, von denen England wahrscheinlich $\frac{1}{3}$ erhalten wird. Eine alliierte Wirtschaftskommission wird in Hamburg eingesetzt werden. Sie wird die Aufgabe haben, sich mit den Schiffsfraachten und den damit zusammenhängenden Fragen zu beschäftigen.

London, 16. März. (B. I. B.) Reutembüro erfährt: Die deutschen Schiffe werden in verschiedenen Häfen ausgeliefert. Die Schiffe, die für Truppentransporte gebraucht werden, dürfen keine deutsche Besatzung führen. Die Gesamtsumme der auszuliefernden deutschen Lomage schätzt man auf 14 Millionen Tonnen, die in neutralen Häfen liegenden Schiffe eingeschlossen.

Deutscher Vormarsch in Kurland.

Elbau, 15. März. (B. I. B.) In Nordlitauen und Kurland haben die Bolschewiken eine empfindliche Niederlage erlitten. Von nördlich Rowno bis Windau ist die ganze Front in Bewegung gekommen. Die wichtige Eisenbahn Roffedary-Rodjwilischtschi-Schaulen befindet sich infolge tatkräftigen Eingreifens von Panzerzügen in unserem Besitz. Unter andauernden Kämpfen stießen reichsdutsche Truppen bis Grenzhof und zur Station Bohnen an der Bahn Mucawjens-Mitau vor. In den Kämpfen bei Mitau wurden zwei Geschütze und sieben Maschinengewehre erbeutet. Nördlich der Bahn geht die Landwehr vor. Litauische Truppen nahmen Frauenburg, während deutschbaltische Formationen von Goldingen aus über Jabeln und Randau in Richtung Inikum vordrangen.

Deutsche Rundgebung gegen einen Gewaltfrieden.

Berlin, 17. März. In einer von der Deutschen Liga für den Völkerverbund für gestern nachmittag einberufenen Rundgebung für den wirklichen Völkerverbund begründete als erster Redner Minister Erzberger im Saale des preussischen Herrenhauses das deutsche Recht auf einen Rechtsfrieden und eine sofortige Aufnahme in den Völkerverbund gemäß den feierlichen Zusagen Wilsons, auf Grund deren Deutschland sein Waffenstillstandsangebot gemacht hatte. Der Völkerverbund könne nur Bestand haben, wenn alle Nationen in ihm auf gleicher Basis vereinigt werden. Weiterhin sprach er die Hoffnung aus, daß Wilsons Rückkehr aus Amerika dem Weggelassen des Verbandes um die deutsche Beise nun ein Ende machen werde und schloß mit den Worten, daß wir von dem Verband keine Gnade, sondern Recht und Gleichberechtigung erwarten.

Die Hauptpunkte der Erzberger'schen Rede waren:

Die Völkerverbundakte des Präsidenten Wilson vom 14. Februar wird hoffentlich nicht verwirklicht, denn sie ist ein Kompromiß der reinen Ideen Wilsons mit imperialistischen Bestrebungen innerhalb des Verbandes. Die in dieser Akte vorgesehene Regelung der kolonialen Frage widerspricht dem Punkt 5 Wilsons. Wer es ernstlich mit dem Frieden meint, muß für Selbstbestimmung der Völker, für keine Besetzung in vollster Freiheit fordern. Deutschland sei bereit, dieses Votum anzunehmen. Ein Zugang zum Meer für Polen läßt sich ohne Annexion Danzigs erreichen durch Neutralisierung direkter Begerrechte unter der allgemeinen Friedensbürgschaft wie Wilson am 22. Januar 1917 gesagt hat. Eine moralische Schadenerschuldung besteht für Deutschland überhaupt nicht, von Belgien abgesehen, wo Deutschland in dieser Frage loyal vorgehen wird. Deutschland ist nicht mehr und nicht weniger schuldig am Kriege wie jedes andere Volk. Weder die Vertreter des deutschen Volkes in der Nationalversammlung noch die deutsche Regierung haben vom deutschen Volke ein Mandat, einen Frieden zu bestimmen, der über die 14 Punkte Wilsons hinausgeht. Bei einem Gewaltfrieden des Feindes muß ein Referendum des deutschen Volkes die Entscheidung herbeiführen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist, wenn es um die Ehre des deutschen Volkes geht.

Der Gewerkschaftsführer Legien wies als zweiter Redner auf die Regung für die internationale Verständigung der Völker in der deutschen Arbeiterschaft hin und sprach die Erwartung aus, daß der Völkerverbundentwurf der Verbündeten, der eine Art Alliierten-Gesellschaft darstelle, auch den Arbeitern des Verbandes nicht genügen werde.

Zum Schluß wurde mit allen gegen eine Stimme eine Entschließung angenommen, in der die einen Gewaltfrieden darstellenden Forderungen der Verbündeten als im entscheidenden Gegensatz zu den 14 Punkten Wilsons stehend bezeichnet werden und erklärt wird, daß der wirkliche Völkerverbund nur zwischen freien und gleichberechtigten Völkern als Rechtsorganisation im Geiste der Gleichheit und Brüderlichkeit bestehen könne.

Der Wilsonsche Völkerverbund ein Bestandteil des Friedensvertrags.

Paris, 16. März. (B. I. B.) Wilson erklärte, daß der am 25. Januar von der Friedenskonferenz gefasste Be-

Städtische Bekanntmachungen. Pflanzfeuerwehr.

Nach der Feuerlöschordnung haben hier wohnende, in der Zeit vom 1. 4. 1888 bis 31. 3. 1893 geborene Männer Dienst bei der Pflanzfeuerwehr zu leisten. Befreiung vom Dienst kann gegen Entrichtung eines jährlichen Abstandsgebühres in Höhe von 5.— M. erfolgen. Das Abstandsgehalt ist bis zum 31. März ds. Js. an die hiesige Kämmerkassette zu bezahlen.

Unterlassene rechtzeitige Bezahlung des Abstandsgebühres zieht den Verlust der Befreiung für das Jahr 1919/20 nach sich.

Weiter sind diejenigen, die 7 Jahre aktiv bei der freiwilligen Feuerwehr gedient haben, ebenfalls vom Pflichtfeuerwehrdienst befreit.

Wer vom Dienst infolge körperlicher Gebrechen befreit sein will, hat bis 31. März ds. Js. ein Zeugnis mit ärztlichem Zeugnis hier einzureichen.

Kohlenabgabe. Raumnumm: Bezugschein Nr. 67 bis Ende bei Eisenbeh & Sohn.

Bischofswerda, am 17. März 1919.

Der Rat der Stadt.

(Weitere amtliche Bekanntmachungen im Beiblatt.)

Schluss, der bestimmt, daß der Bund der Nationen einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bilden sollte, eine endgültige Entscheidung darstelle. Es läge keine Begründung vor, für die Nachrichten, denen zufolge man eine Änderung der Bestände ins Auge fesse.

Eine Programmrede des deutschösterreichischen Staatskanzlers.

Wien, 17. März. (Wiener Korrespondenz.) In der Nationalversammlung führte der Staatskanzler Renner aus: Die Republik sei für Deutsch-Osterreich unersetzbar. Lausache geworden. Die Regierung werde von den Begünstigten harte Opfer fordern, aber ohne solche Opfer drohen der Gesellschaft unbeschreibliche Gefahren. Renner ging dann auf einzelne Aufgaben der Regierung ein, wie die Anpassung der Rechtsverhältnisse an das deutsche Recht und die Reform des gesamten Verwaltungswesens, bei dem die volle Verantwortlichkeit mit Deutschland wieder hergestellt werden soll. Der Staatskanzler betonte zum Schluss, daß Deutsch-Osterreich sich wieder aufrichten und den gebührenden Platz innerhalb des gesamten Völkers und innerhalb der großen und kleinen Nationalitäten ringsum einnehmen werde. Zum Vorsitzenden der Sozialisierungs-Kommission wurde sodann Staatssekretär Bauer gewählt.

Englandfeindliche Demonstrationen in Ägypten.

Amsterdam, 16. März. (B. L. B.) Nach einer Neuermeldung aus Kairo demonstrierten am 10. und 11. März Volksmengen vor der britischen Residenz und vor den Konsulaten. Etwa 400 Demonstranten wurden verhaftet. Militär stellte die Ordnung wieder her. Die Verluste waren sehr gering.

Neue Forderungen der Bergarbeiter.

Bodum, 17. März. (B. L. B.) In einer vom alten Bergarbeiterverband einberufenen Konferenz zur Besprechung aller im Vorbergrund stehenden Bergarbeiterfragen wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der verlangt, daß am 4. April die 7½stündige, am 1. Januar 1920 die 7stündige und am 1. Januar 1921 die 6stündige Arbeitszeit einschließlich Aus- und Einfahrtszeit eingeführt werde. Erfolge der Schlichtervermittlung nicht bis zum 1. April. Dann würden die Bergarbeiter streiken. An die Reichsregierung wurde ein Telegramm geschickt, worin unter anderem bis zur gesetzlichen Regelung der Steiger, Revier-Betriebs- und Bezirksräte, allseitige Anerkennung dieser Räte gefordert wird.

Kleine politische Mitteilungen.

Sachsen und die Sozialisierung Bayerns. Die sächsische Regierung hat dem bayerischen Zentralrat auf dessen Anfrage über die Beteiligung an einer Konferenz von Vertretern der Sozialisierungsfrage aus beiden Staaten telegraphisch geantwortet, daß sie keine Vertreter zu solchen Verhandlungen senden könne, weil sie gegenwärtig in der Neubildung begriffen sei.

Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Röth wegen des Sozialisierungsgesetzes. Zu den Rücktrittsabsichten des Staatssekretärs Dr. Röth wird gemeldet: Dr. Röth steht in diesem Gesetzentwurf, wie er der Nationalversammlung vorgelegt worden ist, ein in überstürzter und oberflächlicher Form hergestelltes Gesetz, das in seiner Auswirkung von bedenklichen Folgen für die deutsche Volkswirtschaft werden muß und glaubt deshalb, nicht einem Kabinett weiter angehören zu können, das für ein solches Gesetz die Verantwortung auf sich genommen hat.

Aufhebung des Standrechts in Bern. Reichsminister Roste erläßt folgende Bekanntmachung: Die militärischen Maßnahmen in Grosbern sind zum Abschluss gelangt. Die Kämpfe haben aufgehört. Deshalb habe ich den Befehl vom 9. d. Mts. auf, wonach zu entscheiden sei, wer mit Waffen gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß Ordnung und Sicherheit nicht mehr gefährdet werden.

Serbisch-italienische Streitigkeiten. Reuter meldet: Da das Besatzungsschreiben des neuen italienischen Generals in Belgrad an König Peter von Serbien gerichtet war, weigerte die serbische Regierung sich, es anzunehmen. Sie forderte, daß es an den König der Serben, Kroaten und Slawen gerichtet werde. Die italienische Regierung, die den neuen Staat nicht anerkennt, weigert sich, das Besatzungsschreiben abzuändern. Der General war deshalb gezwungen, wieder abzureisen.

Sicherstellung der nächsten Kartoffelernte oder Hungersnot.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Dank des reichlichen Heisches und Pflanzenscheitens der deutschen Landwirtschaft, Männer und Frauen, ist es uns gelungen, in vier schweren Kriegsjahren durchzuhalten, abgesehen von den Wärdern abgesehen, die es sonst mit Nahrungsmitteln versorgen. Nach Beendigung des Krieges stieg die Hoffnung vieler sich wieder auf das Ausland in der Voraussetzung, dorthin auch in Zukunft erhebliche Mengen von Nahrungsmitteln erhalten zu können. Die Bedingungen, zu denen das neue Abkommen in Brüssel zustande kam, zeigte aber, daß auf eine große und dauernde Hilfe aus dem Ausland nicht zu rechnen ist. So dürfte es nun ernstlich an der Zeit sein, daß auch diejenigen Kreise, die bisher sorglos in den Tag hineinlebten, sich der zunehmenden Gefahr bewußt werden, die uns droht. Sollte man sofort nach Beginn des Winterhalbes die Förderung der deutschen Landwirtschaft jähbewußt ins Auge gefaßt und für eine richtige Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel gesorgt, so hätten wir nicht um die Hilfe des Auslandes zu betteln brauchen. Auch heute noch hat die deutsche Landwirtschaft den festen Willen, alles daran zu setzen, um die notwendigen Nahrungsmittel für Mensch und Tier zu beschaffen. Sie wird es aber nur können, wenn für die erforderlichen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden. Noch fehlen ihr die Arbeitskräfte und die Produktionsmittel, welche durch die vier Kriegsjahre verdrängt worden sind. Vor allem kommt es darauf an, daß uns die nächste Kartoffelernte sichergestellt wird. Die Kartoffel ist bei uns das Hauptnahrungsmittel für Mensch und Tier. Die Kartoffelernte sind aber schon in den letzten Jahren weit zurückgefallen hinter den Durchschnittsernte von 1914, hauptsächlich wohl auch unmittelbar infolge der Kriegswirtschaft. Nur durch einen Anbau im kommenden Frühjahr nicht noch geringer wird, als 1918, wenn den Landwirten Pflanzgut, Düngemittel und Arbeitskräfte in genügender Menge zu Gebote stehen. Werden dem Landwirte die Kartoffeln, deren er zum Anpflanzen bedarf, wie das verschiedentlich der Fall gewesen ist, zu Speisewezden fortgenommen, so muß er die Anbaufläche einschränken. Infolge der Degenerierung der Viehbestände ist in den meisten Wirtschaften auch die Stallmischerzeugung der Menge und Beschaffenheit nach zurückgegangen, und künstliche Düngemittel sind bisher nur in sehr geringer Menge geliefert worden. Die Erwartung, daß nach Beendigung des Krieges die neuen Sticksstoffwerte ausreichende Düngemittel für die Landwirtschaft herstellen würden, hat sich nicht erfüllt. Wegen Streiks und übermäßiger Lohnforderungen der Arbeiter ist eine große Zahl der Sticksstoffwerke stillgelegt. Wie wichtig gerade die Sticksstoffdüngung für den Kartoffelbau ist, ergibt schon daraus, daß nach den Erfahrungen der Praxis mit einer Tonne Sticksstoffdünger mindestens 15 Tonnen Kartoffeln erzeugt werden können. Auch Kali und Kalk, welche die deutsche Erde so reichlich bringt, werden dem deutschen Kartoffelbau nicht geliefert, weil auch hier die Arbeiter zum Teil verjagt haben, außerdem die Transportschwierigkeiten täglich wachsen. Der Schaden, den das Fehlen der für den Hochfruchtbau so notwendigen Düngemittel verursacht, könnte nur durch Milliarden-Ausgaben für die Einfuhr wieder gutgemacht werden. Dieser Milliarden entbehren wir aber. Der Rückgang der Kartoffelerträge wird also einen großen Mangel an Lebensmitteln und somit eine allgemeine Hungersnot zur Folge haben. Millionen von Menschen werden wegen Unterernährung zugrunde gehen. Hier helfen keine Kupfer, keine Flugblätter, kein glückliches Zufallen; hier muß die Regierung energisch eingreifen, wenn die Arbeiter sich weigern, in den Fabriken und Betrieben ihre Schuldigkeit zu tun. Würde sofort eingegriffen, so könnte noch für die Frühjahrbestellung manches erreicht werden, und jedenfalls zur nächsten Herbstbestellung die ausreichende Menge von Sticksstoff, Kalisalz und Kalk beschafft werden. Geht es aber so weiter wie in den letzten drei Monaten, so werden wir nicht nur in diesem Jahre eine völlige Missernte haben, sondern es wird für das nächste Jahr die Erzeugung der nötigen Kartoffeln, des erforderlichen Brotgetreides, Junders, der Hülsenfrüchte und des Futters unmöglich gemacht werden. Vor dem Krieg standen der deutschen Landwirtschaft 400 000 fremde Wanderarbeiter zur Verfügung, während der Kriegsjahre viele Tausende von Kriegsgefangenen, jetzt hat die deutsche Landwirtschaft keine Arbeiter, denn auch von denen, die vor dem Krieg auf dem Lande arbeiteten, sind sehr viele nicht mehr zurückgekehrt, sondern in den Städten geblieben und vermehren das dortige Proletariat. Jetzt heißt es handeln. Soll der Kartoffelbau nicht noch mehr eingeschränkt werden, dann muß der deutschen Landwirtschaft die Gewähr dafür geboten werden, daß sie zur Frühjahrbestellung genügende Arbeitskräfte erhält und diese ihr auch zur Kartoffelernte noch zur Verfügung stehen. In den Städten herrscht Arbeitsmangel, auf dem Lande Arbeitermangel; in den Städten streifen sich Berdova herum, in den Städten treiben sich Laufende auf den Straßen umher, die keine Beschäftigung haben, die von der Arbeitslosenunterstützung leben, auf dem Lande fehlen vielfach die Hände zur Verrichtung der nötigen Arbeiten. Im Herbst sind in manchen Teilen unseres Vaterlandes, namentlich im Osten, große Mengen von Kartoffeln im Boden geblieben, weil die Arbeiter den Landwirten fortlaufen und von gewissenlosen Stellen aufgefördert wurden, ihre Arbeit niederzulegen; gerade die Landwirte sind die Leidtragenden gewesen, die im Interesse der Nahrungsmittelbeschaffung trotz der Ungunst der Umstände ihren Kartoffelbau in großem Umfang aufrecht erhalten hatten. Solcher Gefahr kann sich die deutsche Landwirtschaft nicht wieder aussetzen; sie wird den Kartoffelbau vermindern und damit würde die Grundlage unserer Volksernährung auf das stärkste erschüttert werden.

Noch ist es Zeit, das drohende Gespenst der Hungersnot zu bannen; dazu gehört aber die Bereitwilligkeit von jedermann, mitzuwirken, wo es nötig ist. Im Grunde genommen ist das nicht viel, was die Landwirtschaft braucht. Gott sei Dank ist uns der größte Teil deutschen Bodens geblieben. An Lattrast fehlt es den deutschen Landwirten nicht; sie haben es in der schweren Kriegszeit wohl allgemein bewie-

sen. Nicht nur der Mangel an Produktionsmitteln hat sie behindert, sie wurden vor allem beengt durch die Fesseln, die ihnen die Kriegswirtschaft auferlegte. Diese Zwangswirtschaft sollte dazu beitragen, daß die Nahrungsmittel gleichmäßig verteilt und billig gehalten würden. Aber nicht einmal das hat sie fertiggebracht, denn ohne Selbsthandlung und Selbsthandlungspreise wäre das deutsche Volk verhungert. Die Preisbildung sollte wieder dem freien Markte überlassen und die Zwangswirtschaft aufgehoben werden. Würde man aber an der Selbstpreisbestimmung der Kartoffeln durchaus noch festhalten zu müssen, so ist es unbedingt notwendig, daß den Landwirten bei Zeiten ein Preis zugesichert wird, bei dem sie einigermassen ihre Unkosten decken können.

Gleichzeitig muß aber angestrebt werden, daß der Verkaufspreis in den Städten zu dem Erzeugerpreis in einem richtigen Verhältnis steht. Nicht der hohe Erzeugerpreis, sondern die enorme Spannung zwischen diesem und dem Verkaufspreis macht die Ware für den städtischen Verbraucher ungebührlich teuer. Kann man sich nicht zur baldigen Aufgabe der Zwangswirtschaft entschließen, so ist die beste Weg beschreibbar, daß die Landwirte eine bestimmte Zahl von Zentnern von der Anbau-Einheit abzuliefern verpflichtet werden, über den Rest ihrer Ernte aber die freie Verfügung behalten. Das Reich würde dann in der Lage sein, sich eine Reserve zu schaffen, um den Bedarf der Bevölkerung an Speisepotatoen im nächsten Wirtschaftsjahr decken zu können.

Alle Berufsstände verlangen Freiheit der Wirtschaft und Freiheit des Handels. Nur der Bauer, der seine ganze Freiheit für die Erzeugung von Nahrungsmitteln einsetzt, muß sich beschränken, wenn er auch für sich wirtschaftliche Freiheit beansprucht, ihm muß auf jeden Fall die Schaffensfreiheit und die Schaffensfreiheit wiederzugeben werden. Geduldet er sie nicht, so wird man es ihm nicht verdenken können, wenn er auch seine Arbeit einstellt. Wenn der deutsche Bauer aber nicht mehr will, dann ist der vollständige Zusammenbruch unseres einst so stolzen Vaterlandes beflügelt.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 17. März.

—* Kein Tanz am Büchler. Nach einer Verfügung des Kultusministers dürfen am Büchler Tanzveranstaltungen und sonstige geräuschvolle Vergnügungen mit Ausnahme einzelner Konzertaufführungen nicht stattfinden.

—* Kennzeichen für Kraftfahrzeuge. Nach einer Verordnung des Reichsministers für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 21. Februar 1919 verlieren mit Ablauf des 15. April 1919 sämtliche Zulassungsbescheinigungen und Kennzeichen für Kraftfahrzeuge ihre Gültigkeit. Der Eigentümer eines gegenwärtig zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeuges kann bei der zuständigen Kreisverkehrsbehörde die Erteilung einer neuen Zulassungsbescheinigung und eines neuen Kennzeichens beantragen. Während des Erneuerungsverfahrens werden dem Antragsteller die bisherige Zulassungsbescheinigung und das bisherige Kennzeichen belassen, jedoch nicht über den 15. April 1919 hinaus. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Erteilung einer neuen Zulassungsbescheinigung und eines neuen Kennzeichens. Kraftfahrzeuge, die nach dem 15. April 1919 auf öffentlichen Wegen und Plätzen verkehren, ohne ordnungsmäßig zugelassen zu sein, können von dem Demobilisierungskommissar für verfallen erklärt werden. Diejenigen Kraftfahrzeuge, die bis jetzt nicht zum Verkehr zugelassen waren, deren Beschleunigung aber beschleunigt ist, können eine neue Zulassungsbescheinigung und ein neues Kennzeichen nur dann erhalten, wenn der Radfahrer erbracht wird, daß ein offizielles Bedürfnis für die Zulassung dieser Kraftfahrzeuge vorliegt. Für Kraftfahrzeuge, deren Benutzung zum öffentlichen Verkehrsgewerbe bestimmt ist, braucht der oben bezeichnete Erneuerungsantrag nicht gestellt zu werden. Dies ist erst dann möglich, wenn die Inbetriebnahme der Fahrzeuge erfolgen soll.

—* Die Mitglieder des Schauspielers in Dresden geben am Donnerstag im „Röng Albert“ wieder ein Gastspiel mit dem dreitägigen Lustspiel „Das kuckende Guck“ von Walter Berner. Näheres im Anzeigerblatt.

—* (B. R.) Ortsausschüsse zur Sicherung der Volksernährung (Bauern- und Landarbeiterräte). Das Wirtschaftsministerium hatte auf Grund einer Verordnung des Reichsernährungsamtes vom 9. November 1918 die Bildung von Ortsausschüssen zur Sicherung der Volksernährung angeordnet. Nachdem diese Ortsausschüsse bereits in den meisten Gemeinden Sachsen durch die Gruppen der Erzeuger und Verbraucher gewählt waren, erklärten im Reichsanzeiger die Bekanntmachung des Reichsernährungsamtes vom 22. November 1918, worin zu der Verordnung vom 9. November nähere, zum Teil abweichende Bestimmungen getroffen und die Ortsausschüsse Bauern- und Landarbeiterräte genannt wurden. Ein nachmalige Wahlen und die damit verbundenen Weiterungen zu vermeiden, hat das Ministerium damals beschlossen, die einmal gewählten Ortsausschüsse beizubehalten. Es glaubte, das um so unbedenklicher tun zu können, als sich die Aufgaben, die das Reichsernährungsamt den Bauern- und Landarbeiterräten jenseits, mit den Aufgaben völlig deckten, die das Wirtschaftsministerium den Ortsausschüssen übertragen hatte. Nachdem aber neuerdings die Reichsbehörden in verschiedenen Verordnungen die Zugehörigkeit der Bauern- und Landarbeiterräte zwingend vorgegeben und ausdrücklich bestimmt haben, daß die Bauern- und Landarbeiterräte der Bekanntmachung vom 22. November entsprechen müssen und eine Heranziehung der aus Erzeugern und Verbrauchern zusammengesetzten Ortsausschüsse nicht genügt, hat sich das Ministerium gezwungen gesehen, Neuwahlen von Bauern- und Landarbeiterräten nunmehr anzuordnen. Das Ministerium betrachtet, daß damit die Ortsausschüsse, die vielfach sehr dankenswerte Dienste geleistet haben, aufgegeben werden müssen, hält das aber für unermesslich, weil nicht zwei Organisationen mit den gleichen Aufgaben nebeneinander bestehen können. Um jedoch den Fortbestand der Ortsausschüsse in befürderten Fällen zu ermöglichen, in denen hierfür ein dringendes öffentliches Bedürfnis vorliegt, ist die Ausnahmebestimmung aufgenommen worden, daß die Ortsausschüsse in solchen Fällen noch bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft beibehalten werden können. Es konnte den Ortsausschüssen nur die Mitteilung bei Erlassung eines Satzes der vorhandenen Lebensmittel, bei Regelung ihrer

hat sie
Befehl,
die
mittel
gleich
nicht ein
Befehl
Holl ver
den Markt
werden.
die Kartof
unbedingt
Preis aus
den Beden
der Ver
in einem
angepr
und dem
n Verbra
bedingun
st die
bestimmte
Liefere
ver
die freie
der Lage
der Ver
jahr be
trifft und
eine ganze
in ein
Arbeits
Schaffen
werden
berden
Wenn der
vollstän
standes be
März.
Sigung des
Kommune
einer Ver
fällige De
mit Abkau
ungen und
Der Eigen
nen Kraft
manufaktur
ung und
des Er
die bis
Renwei
19 h
ner neuen
angehens.
Bfentlich
mäßig
Kommune
pragen, die
deren Be
Zustimmun
in erhalten,
solches Be
vorliegt.
Licht in
Erneue
it erst dann
schaffen soll.
in Dresden
ein Gast
nde Süd
der Volks
Das Wirt
rdung des
8 die Bil
Bollernä
e bereits in
ruppen der
rhalten im
nährungs
Berordnung
de Bestim
r n u n d
im nachma
erungen zu
kosten, die
Es glaub
als sich die
auern und
Bilg decken,
lassen über
Reichsber
rdung der
gegeben
uern und
November
aus Erneu
tsauschiffe
en gehen,
darbei
sterum des
sehr dan
werden müs
den Orga
ander be
Ortsaus
denen hier
st die Aus
Ortsaus
bung der
Es konnte
assung ein
lung ihrer

Ablieferung und bei Bekämpfung des Schleichhandels betraffen werden, während die übrigen Aufgaben den Bauern- und Landarbeitern übertragen werden müssen.

r. Großhans, 17. März. Aus der Mitte des Gemeinderats wurden in dem Schulvorstand folgende Herren gewählt: Otto Claus, Gustav Frische, Theodor Pauffler und Karl Venus. Außer den Gemeinderäten gehören dem Schulvorstand an der Vertreter des Bezirksrates und der Oberlehrer. — Zum Vorsitzenden wurde Herr Ernst Haufe und zum Stellvertreter Herr Theodor Pauffler gewählt. — Montag, den 31. März, vorm. 8 Uhr, wird die feierliche Entlassung der Volksschüler stattfinden; die Aufnahme der Elementarschüler Dienstag, den 1. April, nachm. 1 Uhr.

b. Tröbigen, 17. März. Der hiesige Müllwaggon und die Gemeinde veranstalteten am Sonntag zu Ehren ihrer glückselig heimgekehrten Krieger im Gebirgslager eine Begrüßungsfeier. Den Willkommensgruß im Namen der Gemeinde entbot in trefflichen Worten Herr Lehrer Grelmann; seine Rede klang aus in dem Wunsch, daß wir auch bald unsere Gefangenen in unserer Mitte wieder begrüßen können. Am die Feier schloß sich Tafel und Ball. Die Anteilnahme der Gemeindeglieder an unseren Kriegern bewies der überaus zahlreiche Besuch der Veranstaltung.

Bautzen, 17. März. In den Schulforderungen der Arbeitskommission der Wenden. In einer am 15. d. M. unter Leitung von Vertretern des Aufstufungsausschusses abgehaltenen Sitzung des wendischen Arbeitsausschusses wurden die einzelnen Forderungen des Ausschusses besonders in der Richtung besprochen, welche Bestimmungen über den Unterrichtsbesuch in den rein wendischen und gemischtsprachigen Schulen im Wege der Gesetzgebung getroffen werden möchten. Es ergab sich hierbei in allen Punkten volle Übereinstimmung mit den Erklärungen, die Minister Buch in der Sitzung der Volkstammer am 13. März abgegeben hat.

Bautzen, 17. März. Der Bezirksrat von Bautzen nahm in seiner Sitzung am Sonntag Stellung zur Bittensfrage und fasste folgende Entschlüsse: Der Bezirksrat vertritt sich gegen die Loslösungsbestrebungen, wie sie vom wendischen Nationalausschuss betrieben werden. Im geplanten Wendenstaat muß die Volksschule nicht nur in den deutsch-wendischen Schulen infolge einheitlicher Bezeichnung des Wenden, sondern auch

in den rein deutschen Schulen in Stadt und Land Schaden leiden, da dieser Staat nicht imstande wäre, das Schulwesen auf zeitgemäßer Höhe zu erhalten. Der Bezirkslehrerverein Bautzen, deutscher und wendischer Lehrer, stellt sich geschlossen hinter den Ausschuss fachtreuer Wenden und unterstützt seine Bestrebungen nachdrücklich.

Aus dem Gerichtssaal.

*** Zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht Zwickau verurteilte den 32-Jahre alten Fabrikarbeiter Rosenbaum aus Wittau, der am 30. Juli v. J. in der Bezirksanstalt Lichtenthein den dort mit ihm zusammen untergebrachten 30 Jahre alten Rüsthergefallen Kopagl, mit dem er in Streit lebte, nachts während des Schlafes mit einem Beil erschlagen habe, zum Tode. Rosenbaum war bereits als Freizügler Teilnehmer von einem Kriegsverbrechen im Felde wegen Behorsamsverweigerung vor dem Feinde zum Tode verurteilt, später aber begnadigt worden.

Letzte Depeschen.

Einigung mit den wendischen Bergarbeitern. Bochum, 16. März. (B. T. B.) Die Verhandlungen der Zechen der Metall- und Übertagarbeiter von Deutsch-Luzemburg mit der Leitung der Gewerkschaften haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeiter haben den Streik für beendet erklärt. Heute morgen sind die Belegschaften angefahren.

Entlassung norddeutscher Gefangener in England. Kopenhagen, 17. März. (B. T. B.) Gestern trafen hier aus englischen Kriegsgefangenenlagern 300 Norddeutsche ein, denen begehrteter Empfang bereitet wurde. Ihnen zu Ehren sind verschiedene Festlichkeiten geplant. Am kommenden Mittwoch werden weitere 170 Mann antommen.

Rückgabe astronomischer Instrumente an China. Berlin, 17. März. (B. T. B.) Die deutsche Regierung hat beschlossen, die im Jahre 1901 von Peking nach Deutschland übergeführten astronomischen Instrumente an China zurückzugeben. Die Verschickung der Instrumente nach China ist in die Wege geleitet.

Am Freitag

darf infolge der gesetzlichen Bestimmungen keine Zeitung erscheinen. Anzeigen, die für Mittwoch vorgesehen sind, müssen daher für die Dienstausgabe aufgegeben werden. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Sächsische Landeslotterie.

2. Ziehungstag am 15. März 1919.
60 000 M auf Nr. 46069 (Emil Fr. Zeuner, Hohenstein-Ernstthal, und Ad. Müller & Co., Leipzig).
30 000 M auf Nr. 38 406 (Bomdi & Waron, Dresden).
5000 M auf Nr. 55522 (Franz Köhler, Leipzig); 85383 (Hermann Straube, Leipzig).
3000 M auf Nr. 9319 31711 41351 47868.
2000 M auf Nr. 2594 13035 28279 45341 45776 47328 52699 58088 87284 96774.
1000 M auf Nr. 70 6363 11030 12600 17713 21968 24739 26663 30497 33380 35093 41367 47726 44885 65022 67433 85619 86823 96478 105165 105551 105590 106071.

Wetterbericht vom 15. März abends. Die östliche Depressionsfront ist südwärts fortgeschritten, die westliche liegt heute als Tiefdruckausläufer über Norddeutschland und verursacht sehr kaltes, vorwiegend trübes Wetter mit Regen und Schneefällen. Im Westen herrscht am Morgen Frost. — Im hohen Norden lagert ein kräftiges, umfangreiches Hoch mit stärkerem Frostwetter; da es einen Ausläufer nach den Niederlanden entsendet, so ist aufheiterndes, trockenes Wetter mit stärkeren Frösten in der Nacht und am Morgen zu erwarten.

18. März (Dienstag): Vielstündig heiter, trocken, Nacht und früh starker Frost, Tag etwas wärmer als am 17. März.

19. März (Mittwoch): Hiernächst heiter, trocken, Nacht und früh noch Frost, tagsüber weitere Erwärmung.

20. März (Donnerstag): Hiernächst trüb, wärmer (besonders Nacht und am Morgen) etwas Regen.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Friedrich Ras, verantwortlicher Schriftleiter: Ras, Fieberes, sämtlich in Bischofswerda.

Wie die beiden Arbeitervertreter Paulisch und Wais die Arbeiter vertreten, verdient an die große Glocke gehängt zu werden. Mitte Februar wurde bei einer Sitzung, wo Obengenannte ebenfalls zugegen waren, eine Vorlage eingebracht, die Löhne der hiesigen Rothhandarbeiter (der Berh. von 75 auf 65 J und der Ledigen von 60 auf 50 J zu reduzieren), welches auch einstimmig (also auch mit den Stimmen Obengenannter) angenommen wurde. Bei einer Versammlung der Rothhandarbeiter, wo auch obengenannte Arbeitervertreter durch Obengenannte zugegen waren, bestritt Paulisch, überhaupt nichts mit der Sache zu tun zu haben, gab aber dann zu, mit der Ausrede, daß sämtliche Vorlagen soweit fertig sind, daß sie nur Ja und Amen zu sagen brauchten. Auch hat sich Arbeitervertreter Paulisch gegen andere geäußert, 30 M wäre vollständig genug für die Woche. Hiernächst kann er uns das Rezept auch bekannt geben, wie damit eine Familie auskommen soll, und was er über 30 M hat, mag er zu wohltätigem Zweck geben.
Bischofswerda, am 17. März 1919.
Karl Cuda, Kammerstraße 9.

Institut für Heilkränke
(Tel. 27801) Spezialbehandlung (Tel. 27801) von Flechten, Krampfadern, Geschwüren usw. nach der DOSTRAH-Methode Dr. Strahls von Fr. Mühlmann Neßl Frau Reichart, Dresden-A., Christianstr. 24. Sprechz. 9—12, 3—6.

Obstbäume!
Größte Vorrate in **Aepfel-Bäumen** für Straßen- u. Gartenpflanzung, sowie alle anderen Baumkulturartikel empfiehlt
Emil Sperling, Baumschulen „Bad Seil“, Post Radelwitz, Fernruf Ultra 37.

Kaufe Ziegen
alle Sorten, sowie Zickel zum höchsten Tagespreis.
Paul Schreiber, Schmölän 58 c.
Kleintierhandlung.
Postkarte genügt.

Die best. **Jachen-Pumpe**
Es sich nicht mehr zu beschreiben, sondern nur zu zeigen. Die Pumpe ist leicht zu montieren, leicht zu bedienen, leicht zu reparieren, leicht zu transportieren. Sie ist ein unverzichtbares Werkzeug für jeden Hausbesitzer.
Max Knaack, Bischofswerda L.G.
In der Hauptstraße 10.

Der zum Gericht Tröbigen gehörende **Steinbruch** ist zu verpachten. Käufer wollen sich melden bei **Emil Mager**.
Herrn-Fahrrad, mit guter Gummiereifung, zu kaufen gesucht. Angebote erb. unter G. Z. 128 an die Gesch. d. Bl.
Bezirksvertreter sucht bei hohem Einkommen für zeitgemäße Sache **G. Nordt**, Senftenberg-B.

Bankverein Bischofswerda Aktiengesellschaft in Bischofswerda.
Bilanz am 31. Dezember 1918.

Forderungen.		Schulden.	
Kasse-Konto	178818 88	Aktienkapital	400000 —
Hypotheken-Konto	301775 —	Sparanlagen-Konto	2150309 50
Effekten-Konto	949999 30	Kreditoren-Konto	3229381 57
Debitoren-Konto	3073194 15	Rufen-Konto	10232 35
Zinsen-Konto	9532 97	Rücklagen-Konto I	130000 —
Umsätze-Konto	1000 —	Rücklagen-Konto II	30000 —
Bombard-Konto	79323 06	Verfügungs-Rücklage	6346 44
Wechsel-Konto	1145955 60	Gewinnanteil-Konto	—
Zinschein- und Sorten-Konto	195248 49	Reingewinn	53577 69
Bankguthabe-Konto	75000 —		
	6009847 45		6009847 45

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Sal.	Haben.		
An Geschäftsunkosten einschließlich Steuern, Gratifikationen und Angestelltenversicherung	32497 17	Per Gewinnvortrag aus 1917	4572 52
• Verwaltungskosten	18151 —	• Gewinn auf Zinsen- und Provisions-Konto	97536 32
• Abschreibung auf Umlaufvermögen	2406 95	• Gewinn auf Effekten-Konto	6664 96
• Abschreibung auf Bankgebäude	3253 49	• Gewinn auf Hausvertrags-Konto	1112 50
• Gewinn aus gegenwärtiger Rechnung	58577 69		
	109886 30		109886 30

Bischofswerda, am 31. Dezember 1918.
Bankverein Bischofswerda Aktiengesellschaft.
Alfred Heintzel. Max Salzer.
Als Vorsitzender des Aufsichtsrates vorstehender Gesellschaft ist Herr Fabrikdirektor **Diedrich Brahm** und als Stellvertreter Herr Kaufmann **Reinhold Anselme**, beide in Bischofswerda, gewählt worden.

Verloren
ein Handtäschchen mit Inhalt von Bertholds Konditorei bis Bahnhof Oberneustadt. Gegen Belohnung abzugeben bei **D. Fische, Fleischer, Oberneustadt.**

Kaufe Lampen, Altpapier, sowie Knochen und alle Felle
zu den heutigen Tagespreisen. Bei Abholung genügt Karte. **Fr. Hennig, Demitz-Thumitz.**

1 Konfirmandenantrag
ist zu verkaufen in **Niederpugkau 37.**
Sache Incl. möbl. Zimmer mit Gas oder Elektrisch. Off. unter **Z. G. 6** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Ein getragenes, guterhaltenes **Damen-Kostüm** zu kaufen gesucht. Off. unt. **W. G.** an d. Gesch. d. Bl. erb.

Sonderabdrucke des neuen Fahrplanes
enthaltend die Linien Dresden-Böhlen, Bischofswerda-Rittau, Bischofswerda-Ramenz, Riederneustadt-Schandau, Birna-Krandsdorf-Ramenz, Bautzen-Wittchen, sind zum Preise von **10 Pfg.** zu haben in der Geschäftsst. des „**Sächs. Erzählers**“.

SLUB
Wir führen Wissen.

An die evangelische Bevölkerung von Bautzen Stadt und Land.

Die unterzeichneten evangelischen Kirchenvorstände halten es für ihre Gewissenspflicht, gegen die erschreckende Vergnügungssucht und Tanzwut, die jetzt bei hoch und niedrig eingerissen ist, ihre Stimme zu erheben und ihre Gemeinden zur Selbstbesinnung aufzurufen.

In dieser Zeit der tiefsten Schmach und des trostlosesten Elends sollte unser Volk lieber trauernd in die Stille gehen, als Tanzböden und Vergnügungstätten aufsuchen. Es sollte eher durch rastlose Arbeit und gewissenhafteste Pflichterfüllung am Aufbau unseres am Boden liegenden Vaterlandes mitarbeiten, als in würdelosem Genußleben seine sittliche und wirtschaftliche Kraft untergraben und sich vor dem Feind vollends erniedrigen.

Angeichts des Bußtags und der Passionszeit klopfen wir an das Gewissen unserer Bevölkerung in Stadt und Land und mahnen eindringlich zu einer Lebensführung, die des christlichen und deutschen Wesens würdig ist.

Die evangelischen Kirchenvorstände

von Bautzen St. Petri und St. Michael, Baruth, Crostau, Cunewalde, Gaußig, Gröditz, Guttau, Hochkirch, Kleinbautzen, Kitz, Königswartha, Luppau, Malschwitz, Mittel, Neuschwitz, Neukirch, Oppach, Pohla, Postwitz, Purschwitz, Quatitz, Schmölln, Sohland a. d. Spree, Taubenheim, Uhyß, Wehrsdorf, Wiltzen und die Geistlichen der Landesanstalt und Garnison Bautzen.

Bi Li

Dienstag 7, Mittwoch 8 Uhr:

**Die Hochzeit
um Mitternacht
mit Inger Nykoe** in der
Hauptrolle.
**Wenn der Vater
mit dem Sohne ...
mit Melitta Peter, Penkert
und Paulmüller.**

Mittwoch, 5 Uhr nachmittags:
Kinder - Vorstellung.

Familienanzeigen finden im „Sächsischen Erzähler“, der fast in jedem Haus in Stadt und Land gelesen wird, die größte Verbreitung

Jagdverpachtung.

Die Jagd im hiesigen Jagdbezirk, umfassend ein Areal von circa 1024 Akern, soll

Freitag, den 28. März 1919 öffentlich im Wege des Meistgebots, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bittanten und der Ablehnung sämtlicher Gebote, auf die Jahre vom **1. September 1919 bis 31. August 1925** unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen **verpachtet** werden.

Buchlustige werden eingeladen, gedachten Tages nachmittags 4 Uhr im Rathaus zum „**Verlehnungsgericht**“ hieselbst sich einzufinden und ihre Gebote zu tun. Buchtbedingungen liegen beim Unterzeichneten zur Einsicht aus.

Zugleich werden auch sämtliche Mitglieder der hiesigen Jagdgenossenschaft geladen zum Verpachtungstermin zu erscheinen und die Wahl des Pächters zu vollziehen.

Sehmannsdorf, am 9. März 1919.

Robert Beyer, Jagdvorstand.

Welt. einj. Mädchen

sucht die Bekanntschaft eines eben solchen Herrn, auch Kriegsinvaliden, von gut. Charakter, zwecks späterer Heirat. Offerten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter N. 3. 30 erbeten.

Lebensstube Kriegerwitwe,

36 J., mit der Landwirtschaft vertraut, mit 14 und 16jähr. Tochter, sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft eines Herrn zwecks Heirat. Da etwas Vermögen vorhanden, ist Einweihung in Landwirtschaft erwünscht. Biete Offert. unter N. S. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gut erhaltener, wie neuer dunkler Anzug

für 16—18jährigen Burschen passend, zu verkaufen. Altmarkt Nr. 23, I.

Zu verkaufen:

ein **Papiergarnanzug**, gr. Nummer, einige **Damenblusen**, 44/46, zwei ger. **Hüte**, ein Paar **weiße Ballschuhe**. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

**Touröhren,
Krippenschalen,
Tröge,
Einmachtopfe,
Flurplatten,**

ferner

**Deckenrohr,
Dachpappe
und Gips**

empfiehlt

**Hans Vallin,
Demitz.**

Perfekte Möbel-Tischler

für Journ. Arbeiten suchen **Urban & Reishauer,
Möbel-Fabrik, Dresden-
Cotta, Weidental.**

Wir suchen eine kaufmännisch gebildete

Lageristin,

die imstande ist, nach strenger Vorschrift die Material-Lagerbücher zu führen und peinliche Ordnung zu halten. Schriftliche Angebote erbeten. Anfangsgehalt: M. 1800.— u. 10 Proz. Leveragezuschlag.

**Deutsche Druckmaschinenfabrik
H. Lehmann & Co.**

Sauberes Hausmädchen

wird für sofort od. 1. April gesucht. **Frau Scholz,
Ramenzer Straße 14**

Jung. Mädchen

wird für Landwirtschaft sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. **S. Groß u. Kleinmägde,
Hausmädchen zum Wäschebedienen** sucht bei hoh. Lohn und reichlicher Kost **Frau Mina Leuner.**

Obermelker,

erste Kraft, 21 Jähr., kautionsfähig, m. best. Zeugn., sucht 1. April od. später Stellung zu belieb. Viehbestande. Biete Off. an **H. Wagberg, Oberottendorf 45 (Bez. Dresden)** erb.

Musverkauf!

wegen Aufgabe des Artikels

Spiralfeder-

Bereifung

außerst billig. **Reitig, Großhändler,
Telephon Amt Uhyß Nr. 9.**

Eine Wohnung

für April od. später zu mieten gesucht. Off. unter N. 3. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Achtung! Hotel König Albert
Dienstag, den 18. März, abends 7/8 Uhr:
Großes humorist. Konzer
der sehr beliebten **Dresdner**

Kristall-Sänger

Beste und schnellste Herren-Gesellschaft
Ohne Konkurrenz. — **Mietererfolg.**
**Alles neue Solo-Quartette,
Gesamtspiele zum Totlachen.**

Eintrittspreise: Im Vorverkauf 1. Platz 1.20 M., 2. Platz 0.80 M. — An der Kasse 1. Platz 1.50 M., 2. Platz 1.10 M.

Vorverkauf bei Herrn Bruno Grafe und im Hotel.

Hotel König Albert, Bischofswerder

Donnerstag, den 20. März 1919:

Spiel-Abend von Mitgliedern d. Schauspielhauses Dresden
Neuester Lustspiel-Schlager

Das lachende Glück

Lustspiel in 3 Akten von Walter Berner.
Kunstl. Leitung Fritz Gerstl.

Raffensöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Preise der Plätze: Im Vorverkauf Sperrsitze 2.— M., 1. Platz 1.50 M., 2. Platz 1.— M. An der Abendkasse Sperrsitze 2.50 M., 1. Platz 1.75 M., 2. Platz 1.20 M.

Vorverkauf im Hotel König Albert u. in d. Buchhandlung des Herrn Grafe, Markt.

Eintrittskarten ab 7 Uhr nur an der Kasse.

Geschäftsverlegung.

Meiner verehrten Kundschaft von Stadt und Land hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mein seit 17 Jahren bestehendes Herren- und Damenfrisiergeschäft von Kirchstraße nach

Altmarkt Nr. 22

(früher Göritzer Waren-Haus) verlegt habe; ich bitte, das mir bis jetzt in so reichem Maße geschenkte Vertrauen auch fernerhin zu bewahren.

Hochachtungsvoll **Alfred Heymann, Friseur.**

Dank.

Am Mittwoch, den 12. März 1919 wurde den heimgekehrten Kriegern der Gemeinde Jiedlitz eine Kriegerehrung festlichster und freundlichster Art zuteil. Allen Veranstaltern und Gebern, ganz besonders der Gemeindevertretung, Herrn Rittergutsbesitzer Carl Hustig und Herrn Gemeindevorstand August Sauer nur hierdurch unseren

wärmsten und herzlichsten Dank.

Jiedlitz, am 15. März 1919.

Die heimgekehrten Krieger.

Major Verlobung mit Fräulein Jenny Hensel, Tochter des Herrn August Hensel und dessen Gattin Auguste geb. Domaschke in Schmölln beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen.

Dresden. **Georg Rocksch.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

**Jenny Hensel
Georg Rocksch
größen als Verlobte.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

**Jenny Hensel
Georg Rocksch
größen als Verlobte.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

**Jenny Hensel
Georg Rocksch
größen als Verlobte.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

**Jenny Hensel
Georg Rocksch
größen als Verlobte.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

**Jenny Hensel
Georg Rocksch
größen als Verlobte.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

**Jenny Hensel
Georg Rocksch
größen als Verlobte.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

**Jenny Hensel
Georg Rocksch
größen als Verlobte.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

**Jenny Hensel
Georg Rocksch
größen als Verlobte.**

Schmölln **März 1919.** Dresden

(Kommunalverband Baugen-Land.) Kraftfahrwesen.

Bei der Landesstelle Sachsen des Reichsoverwertungsamts ist eine Sächsische Abteilung für Kraftfahrwesen in Dresden-A., Bismarckplatz 4, errichtet worden.

Die der Sächsischen Abteilung für Kraftfahrwesen angelegte Revisionsabteilung hat insbesondere die unrichtig aus dem Besitz des Reiches gelangten Kraftfahrzeuge ausfindig zu machen und wieder in öffentlichen Besitz zu bringen.

Mitteilungen über den Verdacht eines unrichtmässigen Erwerbes von Heereskraftwagen sind an die Revisionsabteilung der Sächsischen Abteilung für Kraftfahrwesen in Dresden-A., Bismarckplatz 4, nicht an das Reichsoverwertungsamt in Berlin zu richten.

Dresden, am 13. März 1919.

Der Staatskommissar für Demobilisierung, Die Landesstelle Sachsen des Reichsoverwertungsamts, Dehne.

Donnerstag, den 20. März und Freitag, den 21. März ds. Js.

werden wegen Reinigung der Diensträume bei der Nebenstelle der Amtshauptmannschaft im Justizgebäude nur Baugen, am 13. März 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Es liegt Veranlassung vor, die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 13. Januar 1919 (Nr. 11 der Baugener Nachrichten vom 15. Januar 1919) in folgender Fassung zu wiederholen:

Auf Grund einer Verfügung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums III. Abteilung vom 28. Dezember 1918 in Verbindung mit der Bekanntmachung desselben Ministeriums vom 7. Januar 1919 ist ab heute unterfolgend:

- 1. Die Beleuchtung mit Gas und elektrischem Strom in allen offenen Badengeschäften von 6 Uhr abends an allen Tagen der Woche.
2. Die Benutzung von Gas- und elektrischen Heizöfen zur Beheizung, auch wenn eine besondere Genehmigung vorliegt.
3. Die Beheizung mit Gas oder Elektrizität und die Beheizung von Sälen und Räumen zur Abhaltung von Langvergütungen jeder Art einschli. der Vereinsbälle, Familienbälle und Langstunden.

Zwischenhandlungen werden, soweit nicht die Strafbestimmungen der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1918 (R.-G.-Bl. Seite 1365 f) oder in der Bekanntmachung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 7. Januar 1919 (Nr. 4 der Sächs. Staatszeitung vom 7. Januar 1919) eingreifen, mit Geldstrafe bis zu 150 M oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Baugen, am 13. März 1919.

Der Vertrauensmann des Reichskommissars für die Kohlenverteilung. (Abteilung Gas und Wasser.) Die Amtshauptmannschaft.

Es sind verpflichtet worden:

- 1. die Tierärzte Dr. Hermann Otto Knabe in Adenau und Hermann Friedrich Girndt in Oberneudorf L. S. als wissenschaftliche Fleischbeschauer für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Baugen,
2. Förster Heinrich Dransfeld in Södel als stellvertretender Gutsvorsteher für den selbständigen Gutbezirk des Rittergutes Södel. Baugen, am 13. März 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Rälberfutter.

Der Kommunalverband ist in der Lage, Rälberfutter abzugeben.

Die Verteilung erfolgt nicht auf Karten, sondern das Futter wird vielmehr nur gegen besondere Befestigung abgegeben, die bis

Sonnabend, den 22. März 1919

an die Amtshauptmannschaft, Futtermittelabteilung zu erfolgen hat. Die Verteilung und Befestigung des Rälberfutters erfolgt der Reihe nach nach der Anmeldung. Baugen, am 14. März 1919.

Der Kommunalverband Baugen Stadt und Land.

Mitteilungen aus der Bezirks- und Landgemeindeverwaltung.

Sitzung des Bezirksausschusses. Am 28. Februar 1919 fand bei Anwesenheit sämtlicher Mitglieder des Bezirksausschusses im amts-hauptmannschaftlichen Sitzungssaale des Justizgebäudes unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns, Geheimen Regierungsrat Dr. v. Pflugel die zweite diesjährige Sitzung des Bezirksausschusses statt.

Die Herrin von Regbach.

Roman von H. Courths-Mahler.

23. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Fräulein Sabine, "Binde" von der Schwester genannt, hatte sich auch, als die Ältere, einige Autorität über Holdchen angeeignet. Das war aber auch der einzige Unterschied zwischen den beiden alten Damen.

Unter den drohenden Hütchen kamen die grauweißen, sorglich geträufelten Wädhchen zu beiden Seiten der Stirn zum Vorschein. Bemerktlich waren diese Wädhchen falsch, aber auch sie waren ganz gleich und erinnerten stark an die Frituren der Biedermeierzeit.

Nadchen und Binde hatte außer ihrem Pompadour eine Schirmrolle, zwei ganz gleiche Luftkissen, die sie an einem Henkel am Arm trugen, eine Handrolle, ein Körbchen, in dem sie jedenfalls ihren Reispöckchen aufbewahrt hatten und eine kleine Handtasche bei sich.

Sie warteten ängstlich, bis der Diener das alles aus dem Wagen gekramt hatte und vor ihnen hertrug. Hierlich trappelten sie dann hinter ihm her.

Oberst von Lichterth war jedenfalls eine weniger erfreuliche Erscheinung. Sein Gesicht war blaurot, er machte den Eindruck eines sehr cholertischen Herrn, und wer sich mit ihm unterließ, der mußte immer fürchten, daß der Ausperregte jede Minute einen Schlaganfall bekommen würde.

Er hatte Fräulein Holdchen und Binde, die er übrigens heute auch das erste Mal in seinem Leben sah, rüchichtslos von Doktor Hoffners Seite gedrängt, sobald er gehört hatte, daß dieser der Testamentsvollstrecker war.

Er hielt ihn krampfhaft an einem Knopf des Rockes fest. Diese gewalttätige Angewohnheit haben viele Menschen, die gewöhnt sind, daß man ihrer Unterhaltungs-gabe nicht freiwillig standhält.

Oberst Lichterth schrie nun mit seiner knarrenden Stimme: "Also Sie sind der Testamentsvollstrecker des seligen Walle, Herr Doktor? Hm! — Freut mich sehr. Sie wissen natürlich, was das Testament für Bestimmungen enthält, hm, was? Na ja, machen Sie man keine Sparen-schen, das wissen wir ja, Sie wissen natürlich genau Be-

scheid. Und mit der Verwandtschaft, ich bin doch wohl so ziemlich der Nächste und habe die meiste Aussicht, hm? Denn der Betler von Walle, der ihm die Braut weggeführt hat, der kann sich natürlich das Walle wünschen, hm? Kann ich dem seligen Walle nicht verdanken. War ja seit der Affäre ein höllisch zugeknöpfter Herr!

Hundert Briefe habe ich ihm geschrieben und ihm auseinandergesetzt, daß wir doch sozusagen die nächsten Verwandten sind, und daß ich auch allein stehe in der Welt. Wir hätten doch ganz gut zusammen hausen können, hm, und auf die Weiber schimpfen, bin ja auch Junggeselle. Aber nicht einen Brief hat er mir beantwortet, nicht einen, was sagen Sie dazu, hm? Aber natürlich hat er mich für meine Anhänglichkeit in erster Linie bedacht, hm? reden Sie doch, Doktorchen."

Er hatte Doktor Hoffner noch gar keine Zeit zu einer Antwort gelassen und sein Gesicht nahm eine beängstigende Farbe an.

Doktor Hoffner wußte nicht, wie er sich von ihm befreien sollte.

"Das wird sich ja alles morgen bei der Testaments-eröffnung finden, Herr Oberst."

"Hm, na ja! Aber so einen kleinen Wint, verstehen Sie, würde mich erheitlich jagen. Wenn ich Regbach erben sollte, woran ich gar nicht zweifle, dann sollen Sie meine Geschäfte führen. Überhaupt, nobleste oblige, verstehen Sie, Doktorchen. Na, mal Farbe bekommen, hm?"

Ein feines farsartisches Lächeln spielte um Doktor Hoffners Mund.

"Geduld bis morgen, Herr Oberst, ich bin weder be-rechtigt noch verpflichtet, über das Testament Auskunft zu geben, bevor es eröffnet ist. Und nun, bitte, haben Sie die Güte, meinen Knopf loszulassen. Ich möchte mich um die beiden Damen kümmern."

"Ach, Unfinn, die beiden alten Damen sind ja schon die Treppe hinauf, lassen Sie sich bloß mit denen nicht ein, Doktorchen. Das sind ein paar gräßliche, alte Weiber, fallen in Ohnmacht, wenn einer niest und lutscht in einem fort Pfefferminzplätzchen, wo ich die doch nicht riechen kann."

Doktor Hoffner befreite sich aber energisch, selbst auf die Gefahr hin, seinen Rockknopf einzubüßen und ver-schwand fluchtartig in dem Salon, wo er Billards und Lo-thar verlassen hatte.

Oberst Lichterth sah ihm während nach.

"Na, der fliegt raus, wenn ich hier etwas zu sagen habe," dachte er erdost. Und dann schrie er den wartenden Diener an, ihm sein Zimmer zu zeigen. Er hatte, trog- dem er bereits an der Rajorsede gekheitert, und den

öffentlichen Langvermögen 20 J, bei nichtöffentlichen 30 J, bei Waisen- und Kostkinder 1 Jahr betragen soll. In dieser Fassung soll die Langsteuerordnung nunmehr den Bezirksversammlung zur Annahme empfohlen werden. Die weiteren Auseinandersetzungen über die Art und Höhe des von der Stadt Bischofswerda abzuführenden Betrages werden der Amtshauptmannschaft überlassen. Bei nach-maliger Durchberatung des Haushaltsplanes für 1919 wird gegen die Stimme des Kommerzienrat Hufe, Bischofs-werda, beschlossen, es bei dem Ansatze einer Bezirkssteuer von 40 % der Einkommensteuer zu belassen. Als Verfü-gungssumme für unvorhergesehene Ausgaben, namentlich zur Ausbildung von Krankenpflegern sollen statt 500 Mark 2500 Mark abgesetzt werden. Der Vorsitzende erstattet so-dann Bericht über die Prüfung der Bezirkslohnrechnung auf das Jahr 1917, die für die Bezirkslohnrechnung zur Richtsprache empfohlen werden soll. Weiter will die Kreditkassenanstalt sächsischer Gemeinden ihre Satzung än- dern, um künftig auch Pfandbriefe ausgeben zu können. Es wird beschlossen, der Bezirksversammlung den Beitritt zu dieser Satzungsänderung zu empfehlen. Dem Frauen-verein Ringenhain sollen 75.— Mark Beihilfe zur Landtrankpflege bei Nachweis der tatsächlichen Aufwen-dungen ausgezahlt werden, dem Frauenverein zu Witzel 100 Mark. Für letzteren wird außerdem ein Jahresbet-rag von 200 Mark bewilligt. Genehmigung fand eine Chamoiswolle-Anlage des Lonwertes Lufaka G. m. b. H. in Kleinfaubertitz, ferner dispensationsweise Abtrennung von Blatt 21 des Grundbuches von Großpostwitz und Blatt 99 des Grundbuches für Niederpuplau, sowie Blatt 38 des Grundbuches für Königswartha unter der Bedin-gung der Konsolidation mit Dismembrationsbeschränkung, weiter von Blatt 34 des Grundbuches für Baruth, Blatt 27 des Grundbuches für Neudorf bei Reschwitz, Blatt 11 des Grundbuches für Schwarznaußitz, Blatt 16 des Grund-buches für Guttau, Blatt 7 des Grundbuches für Kolonie Kleinwelta. Bewilligt wurden Gehaltsbesserungen an die Gemeindevorstände bez. Gemeindevätern in Camina, Goldbach, Kradwitz, Niederneudorf, Tschchen-dorf, ferner eine Entschädigung des Bezirksamtes für die Prüfung der Anträge auf Sonderbewilligung von Nah-rungsmitteln, ferner dem Ausschuss für gemeinnützige Ar-beit in Großpostwitz zur Unterhaltung des Jugendheimes 400 Mark und dem Ausschuss für gemeinnützige Arbeit in Wehrsdorf 500 Mark. Die Übertragung der Schankkonzes-sion an Walter Taubmann in Oberpuplau für das Erdge-richt wurde bedingungsweise genehmigt, ebenso das Schankkonzessionsgesuch des Gasthofbesizers Karl Eigner, Göda und des Georg Elle in Ebbendorf. Die Erweiterung der Schankkonzession des Ernst Moritz Winkler in Rammenau auf Wein wurde abgelehnt, ebenso die des Emil Nag Jschiedrich in Großharthau, dem im übrigen Schankkonzes-sion erteilt wurde. Vom Eingang einer besonderen Ver-sicherung gegen etwaige Fälschungen des Bezirksnotgedes soll abgesehen werden. Die Einsprüche gegen die Gemein-devertreterwahlen in Kurth, Arnsdorf, Dorf Kleinwelta, Rubschütz und Königswartha wurden als unbegründet zu-rückgewiesen. Die Gemeinden Wiltzen, Wehrsdorf und Arnsdorf haben Ortsgefesse über die Öffentlichkeit der Ge-meinderats-sitzungen erlassen, die Gemeinde Rammenau hat überdies den Beitritt zur Kreditkassenanstalt sächsischer Ge-meinden beschlossen, die Gemeinde Rammenau eine Ge-haltsbesserung des Gemeindevorstandes. Diese Ortsgefesse fanden sämtlich Genehmigung. Schließlich wurden 500 Mark zur Betämpfung von Geschlechtskrankheiten bewilligt

Titel eines Obersten nur als Pflaster auf die Wunde er-halten hatte, noch immer den knarrenden Kommandoton, als habe er ein ganzes Regiment vor sich.

Frau Brigitte Engel hatte inzwischen die beiden dro-ligen Stiefschwestern nach ihrem Zimmer geführt. Sie wa-ren nun allein. Frau Engel hatte ihnen gesagt, daß die Abendtafel in einer Stunde stattfinden würde und daß auch die anderen Herrschaften daran teilnehmen würden.

Fräulein Binde zog nun sorgsam und leicht ihre schwarzen Fellethandschuhe vor dem Toiletentisch aus. Da kam Holdchen jählich und lebhaft aus dem Nebenzimmer herübergestrattert.

"Ach, Binde, dies Regbach ist doch ein wundervoller, alter Herrenst. Ich bin ganz außer mir vor Entzücken!" rief sie mit ihrem schwachen, heiseren Stimmchen in den beherzten Tönen.

"Ja, Holdchen, wunderhübsch ist es Her. Aber bitte, rege Dich nicht auf und bewege Dich nicht so schnell. Ich habe solche Angst, daß unsere Kleider nicht aushalten, die Seide ist so brüchig."

"Ich bin schon vorsichtig, Binde. Die paar Tage hält die Seide schon noch aus. Und wenn sie ein Rißchen bekommt, stopfen wir es fein und garnieren die Spitze da-rüber."

"Du bist immer ein bißchen leichtsinnig, Holdchen. Wie Du eben so schnell herüber kommst, kommst Du leicht an der Türschwelle hängen bleiben."

"Ach, Binde, wir hätten uns doch ein neues schwar-zes Kleid anschaffen sollen."

"Aber: Holdchen, wo uns schwarz so schlecht kleidet und wo wir doch erst neue blaue Kleider vor zwei Jahren ange-schafft haben. Ich sage ja, Du bist leichtsinnig. Wir hat-ten ohnedies so viel Unkosten. Denke doch, die Reife allein kostet dreißig Mark für uns beide. Da müssen wir lange sparen, bis wir das wieder verschmerzen können. Das ist unser gemeinsames Taschengeld von drei Monaten."

"Ach, Binde, vielleicht hat uns Walle von Regbach ein kleines Legat ausgeerbt", leuzte Holdchen, jugendlich hoffnungs-voll.

Binde leuzte auch.

"Herrlich wäre das, Holdchen. Wenn es nur ein paar hundert Mark wären. Damit würde keiner der anderen Erben sehr geschädigt, und uns tut es doch so gut, nicht? Aber weißt Du, jetzt wollen wir aber auspacken."

"Ja, das wollen wir tun", pflichtete Holdchen bei und wollte sich im jugendlichen Eifer an die Arbeit begeben.

Binde hielt sie entsezt zurück.

"Aber, Holdchen! Du willst Dir wohl das ganze Kleid verderben. Warte doch, wir ziehen die Kleider aus und

htung
bert
1,8 Uhr:
Konzer
ner
iger
erfolg.
rtette,
achen.
1.30
1.30
in Güte.
swerd
1919:
jes Dresd
Blüd
nach 10 U
st 2.— M
er Abendbl
Blög 1.20
Buchhandl
Koff.
Stadt und
ich mein
Damen-
22
habe; ich
geschenkt
, Privat.
wurde
de Jiedlich
ndlichster
Gebern,
g, Herrn
ern Ge-
hieddurch
Dank.
rieger.
Hensel,
dessen
schmüla
igen.
sch.
Dresden.

und der Verkauf eines neuen Krankenwagens für die Bezirksanstalt genehmigt. Den Beamten und Gendarmen und den Hilfskräften der Amtshauptmannschaft, die für den Bezirk arbeiten, soll eine Zuwendung aus Bezirksmitteln bewilligt werden.

Sitzung der Bezirksversammlung. Unter dem Vorsitz des Amtshauptmannes, Geheimen Regierungsrat Dr. von Pfugl, trat am 18. März vormittags 1/12 Uhr im Justizgebäude in Böhmen die Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft zu dem ersten diesjährigen Bezirkstag zusammen. Auf vorgeschriebene Einladung waren 30 Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden erschienen. Entschuldigt fehlten die Herren Ökonomierat Ritzsch-Kredwitz, Gemeindevorstand Heisch-Ralschütz, Gemeindevorstand Krenz-Kirschau, Gutsbesitzer Ritzsch-Bobitz und Gemeindevorstand Steddy-Oberneutrich L. S. Der Vorsitzende stellte bei gleichzeitiger Aufruf der Namen der Anwesenden die Beschäftigung der Versammlung fest, begrüßte den miterschiedenen Herrn Kreisauptmann von Craushaar und gedachte des Ablebens des Abgeordneten, Herrn Fabrikdirektor Hermann Schomburg, dessen Andenken die Anwesenden durch Erheben von den Plätzen ehrten, und des durch Verzug ausbleibenden Abgeordneten Fabrikdirektor Symant-Reudorf a. d. Sprue und ihrer beiden Verdienste um den Bezirk. Zunächst wurden auf den Bericht des Rittersgutsbesizers Heiber die Rechnungen über die Bezirkskasse und die Bezirksanwaltschaft für das Jahr 1917 einstimmig richtig gesprochen, sodann folgte die Besprechung des Haushaltsplanes für das Jahr 1919. Der Vorsitzende verliest hierzu die eingegangenen Anträge des Stadtrats von Bischofswerda, die verschiedenes an den Voranschlägen bemängelten und auf eine Erhebung von nur 30% der Einkommensteuer als Bezirkssteuer sich richteten. Nach ausführlichen Darlegungen durch den Vorsitzenden und weiteren Ausführungen der Abgeordneten Wagner und Hufte, wird der Antrag des Stadtrats zu Bischofswerda auf Erhebung einer Bezirkssteuer von 30% bez. 25% mit 17 Stimmen abgelehnt und die Erhebung einer Bezirkssteuer von 40% gegen 13 Stimmen angenommen. Mit Zustimmung der Bezirksversammlung wird der von Abgeordneten Stadtrat Wagner schriftlich überreichte Antrag, in Abschnitt 2 der Ausgabe eines Betrages von 3000 Mark für die Unterhaltung des Arbeitsnachweises in Bischofswerda einzustellen, in die Tagesordnung aufgenommen. Die Bezirksversammlung beschließt die weitere Entwicklung dieser Frage bis zur endgültigen Erledigung der Verhandlung, die zwischen der Amtshauptmannschaft und dem Stadtrat in Bischofswerda schweben, dem Bezirksausschuss zu überlassen. Der Haushaltsplan für die Bezirkskasse auf das Jahr 1919 wird nach kapitelweisem Vortrag und nach eingehenden Erläuterungen einstimmig genehmigt. Hierauf berichtet der stellvertretende Anwaltsdirektor Kammerherr Freiherr von Bietinghoff-Riesch kapitelweise über den Haushaltsplan der Bezirksanstalten den Dank des Bezirkes aus. Zu Rechnungsprüfern auf das Jahr 1919 werden auf Antrag des Abgeordneten Winter-Crostau durch Jurus Kammerherr Freiherr von Bietinghoff-Riesch auf Relschitz, Rittersgutsbesitzer Heiber-Birtau und Gemeindevorstand Rüge-Demitz-Thumitz wiedergewählt, nachdem ihnen der Dank für die Prüfung der Rechnung auf das Jahr 1917 ausgesprochen worden ist. Die Versammlung wählte weiter die Vertrauensmänner und deren Stellvertreter in die Ausschüsse für Schöffen- und Geschworenenwahlen auf das Jahr 1919 nach den Vorschlägen des Bezirksausschusses, erkennt die Gründe für die Amtsniederlegung des Gemeindevorstandes a. D. Krenz in Kirschau des Abgeordneten ames und nimmt Anlaß, ihm für seine dem Bezirk langjährig geleisteten treuen Dienste einen besonderen Dank zum Ausdruck zu bringen. Zu dem Entwurf einer Bezirks-Tanzsteuerordnung beantragt der Abgeordnete Heiber-Birtau, als Tanzsteuer bei öffentlichen Tänzen 30 $\frac{1}{2}$, bei

nichtöffentlichen Tänzen 50 $\frac{1}{3}$ und bei Kostüm- und Maskentänzen 2 $\frac{1}{4}$ zu erheben. Der Antrag findet gegen 6 Stimmen Annahme. Hierauf wird die Tanzsteuerordnung einstimmig angenommen. Nachdem die Bezirksversammlung schließlich einer Änderung der Satzung der Kreditbriefanstalt sächsischer Gemeinden, die sich wesentlich auf die Berechtigung der Ausgabe von Pfandbriefen erstreckt und den Vorschlägen des Bezirksausschusses zur Wahl von Sachverständigen für die Abklärung von Kriegsteilungen zugestimmt hatten, schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes an die Erschienenen die Versammlung.

Aus Sachsen.

Virma, 17. März. Der allbekannte Wingerhof in Copitz und der Gosthof in Posta sind durch Verkauf in andere Hände übergegangen. — Im benachbarten Copitz wird eine neue Kalksandsteinfabrik errichtet. Die Unternehmer haben sich die alten Schuttmauern der Postker Sandsteinbrücke gesichert, um Material für ihre Fabrikation von dort heranzuführen. Man wird im Herbst also wieder mit den wunderschönen Anblick der nackten Fänge zu rechnen haben, ein Zustand, der im Interesse des Heimatschutzes zu bewahren ist. Da man aber im benachbarten Posta den langjährigen Plan einer Bewässerung der Weiden wieder in Angriff genommen hat, dürften nur einige Jahre vergehen, bis die Fänge wieder in frischem Grün prangen. Sie eignen sich besonders zum Anbau des Pfirsichs, zur Anlage von Weinbergen und zum Gemüsebau. Der Ertrag würde durch Anlage einer Bewässerung bedeutend gesteigert. — Der Bau eines Schulpfandes an der Bachschänke bei Schanbau soll demnächst als Notstandsarbeit in Angriff genommen werden. Damit wird ein alter Wunsch der Schiffsahrt erfüllt.

Chemnitz, 17. Mai. Bewaffnete russische Soldaten sind hier festgenommen worden. In letzter Zeit ging in der Stadt das Gerücht um, daß kriegsgefangene Russen von zweifelhaften Elementen mit Waffen versehen worden seien. Mittwoch abend wurden nun die Russen, die sich nach 8 Uhr noch in der Stadt befanden, aufgefordert, sich nach ihrem Gefangenlager zu begeben. Ein großer Teil ging willig, ein anderer Teil leistete Widerstand. Diese wurden nach dem „Roten Turm“ in der Herrenstraße gebracht. Unter diesen Russen befanden sich mehrere, die mit Waffen versehen waren, die ihnen natürlich abgenommen worden sind.

Neues aus aller Welt.

— **Die Sommerzeit.** Ein Telegramm aus Berlin meldet vom Sonnabend: Bei der Beratung der beteiligten Regierungen im Reichsministerium des Innern über die Wiedereinführung der Sommerzeit kam man dahin überein, die Frage der Nationalversammlung vorzulegen.

— **Lieber versenkt als ausgeliefert.** Nach einem über Amsterdam zugegangenen Telegramm aus Ferrol in Spanien ist das deutsche U-Boot, das dort interniert war und den Alliierten ausgeliefert werden sollte, auf die offene See entkommen. Es wurde von einem spanischen Zerstörer verfolgt. Das U-Boot wurde von seiner Mannschaft versenkt, die Bejahung wurde gemeldet.

— **Bauernrevolte in Baden gegen Kontrolle der Lebensmittel.** Unter dem 14. März berichtet eine Volks-Zeitung aus Offenburg: Bei Ankunft einer Nahrungsmittel-Kontrollkommission in dem benachbarten Dorf Wimblich kam es zu offenem Aufruhr. Die Bauern, die sich mit Heugabeln und sonstigen Gerätschaften bewaffnet hatten, sammelten sich vor dem Rathaus. Die dorthin geschickte Kontrollkommission mit der militärischen Bezeichnung wurde mißhandelt und mit dem Tode bedroht. Die von Offenburg herbeigerufene militärische Hilfe konnte ge-

hört Unruhen verhindern. Ein großer Teil der Bauern hatte sich mit Schusswaffen versehen und scharf gefordert. Nach langen Verhandlungen konnte der Oberamtmann freien Abzug für die Kontrollkommission erwirken.

— **Der Volksmut zum Opfer gefallen.** Aus Bamberg wird gemeldet: Herr v. Arnim auf Schloß Sophienreuth bei Rehau (Oberfranken) schoß bei einem Jagdgesellschaften mit Holzschlägern in seinem Walde einen Arbeiter aus Selgarda nieder, da dieser mit einem Beil auf ihn eindrang. Junge Burken und Frauen roteten sich zusammen, stürzten das Schloß und schleppten den Schloßherrn fort. Unterwegs schlug man den 70jährigen Greis nieder, und die Frauen trampelten mit Füßen solange auf ihn herum, bis er tot war.

— **Die Unterernährung in Wien.** Das Wiener Leogr. Korr.-Bureau meldet aus Wien: Nach Blättermeldungen haben die Wiener Gesellschaften der Ärzte und die Gesellschaft für Kinderheilkunde und innere Medizin beschlossen, die interalliierte Lebensmittellkommission in einer Eingabe auf die Rationierung von Nahrungsmitteln in Wien infolge der allgemeinen Unterernährung aufmerksam zu machen und dringend zu ersuchen, unverzüglich die Einfuhr von Lebensmitteln und Lebertran besonders für Kinder zu bewilligen.

— **Vermögensabgabe in Deutschösterreich.** Als Vorbereitung für die Vermögensabgabe erließ die Wiener Regierung eine Verordnung über die Feststellung der Vermögen, soweit sie aus Wertpapieren, Guthaben und Kontokorrenten, Sparanlagen und Spargeldern oder aus seit Kriegesbeginn erworbenen Grundbesitzverhältnissen, aus Schmutz und Gesteinen bestehen. Alle diese Vermögenswerte sind anzumelden. Wertpapiere, Deposits usw. bleiben bis zur Anmeldung ganz, Guthaben, Kontokorrenten usw. zur Hälfte gesperrt. Von den Spareinlagen können 1000 Kronen abgehoben werden. Es werden auch Maßnahmen zur Sicherung der in Safes hinterlegten Vermögen getroffen werden.

— **Todesurteil gegen den Nieder-Oleoneus.** Laut einer Havasmeldung hat am Freitag in Paris der Prozeß gegen den Polizeiführer Courtat, den Soldaten Decaudin und Cottin wegen vorbedachten Mordes an dem Hinterhalt gegen Clemenceau vor dem Kriegsgericht begonnen. Nach weiteren Nachrichten ist Cottin zum Tode verurteilt worden. — Bei dem Verhör des Angeklagten Cottin verlas dieser in wütendem Tone eine Erklärung, in der er die bürgerliche Gesellschaft brandmarkte und Clemenceau als Vertreter des Autoritätenprinzips angriff. Er beschuldigte die französische Regierung, nichts unternommen zu haben, um dem furchtbaren Kriege Einhalt zu gebieten, und warf ihr vor, sie trüge einen Teil der Schuld an der Hinrichtung der 12 Millionen Menschen. Der Verteidiger verlas Ausführungen aus Reden Clemenceaus, in denen sich nach seiner Ansicht Stellen vorfinden, die zum Teil anarchoistische Ideen rechtfertigen. Er forderte nachdrückliche Aburteilung. Nach kurzer Beratung fiel das Gericht das oben gemeldete Urteil.

— **Caillaux' Entlassungen.** Vor dem Vertreter des Obersten Gerichtshofes in Paris hat Caillaux seine Ausführungen über die deutsch-französischen Verhandlungen von 1911 fortgesetzt und auf Grund von Beweismitteln dargelegt, daß der im August 1911 zum zweiten Male drohende Krieg nur dadurch vermieden wurde, daß er als Haupt der Regierung am Quai d'Orsay eingegriffen und weiter mitgewirkt habe. Von da an sei die Verhandlung unter der Leitung des Ministerrates geführt worden. Ferner sagte Caillaux auseinander, daß mindestens noch eine weitere Spannung im September 1911 eingetreten sei, die sich aber infolge der Finanzkrise am Berliner Markte zugunsten Frankreichs gelöst habe.

unsere Morgenröde an, bis wir fertig sind. Die Kleider haben obnein auf der Reife so sehr gelitten und der Herr Oberst hat mir im Wagen immerfort draufgetreten."

„Sie haßten sich nun gegenseitig sorgsam aus dem gefährdeten Kleidungsstück."

„Handest Du den Herrn Oberst eigentlich nett, Bingen?" fragte die jüngere Schwester zaghaft.

„Bingen schüttelte energisch den Kopf, so daß die weißen Locken flogen."

„Rein, Holdchen, er spricht so schrecklich laut und dann riedt er nach Lob und galant und artig ist er kein bißchen. Hoffentlich sind die anderen Herrschaften, die wir ja nun endlich auch kennen lernen werden, netter. Ich denke, Hortensens Gatte und ihre Tochter werden angenehme Menschen sein. Hortense war ja eine entzückende Person und sie schrieb uns immer so reizende lustige Briefe. Weißt Du noch?"

„Holdchen nickte."

„Gewiß, Bingen, wir lesen ja die Briefe noch oft im Stief vor. Und da ist immer eine vergnügte Stimmung."

„In dem Augenblick wurde die Tür vom Nebenzimmer rüchlichst ins Schloß geworfen."

„Huch!" machte Fräulein Holdchen entsetzt und starrte anklagend nach dem Nebenzimmer hinüber, in dem ein lautes Rumoren entstand."

„Auch Bingen war zusammengesetzt."

„Das ist sicher der Herr Oberst, Holdchen, er ist unser Jammerschmerz."

„Holdchen nahm zur Belebung ihrer Lebensgeister eine Pfefferminzpastille."

„Ein schrecklich geräuschvoller Herr", küsterte sie und schüttelte ganz bestimmt ihre Locken."

„Emsig machten sie sich nun an das Auspacken ihrer Habfeligkeiten. Daselbst schien der Oberst drüben zu tun, aber er tat es nicht in der stillen, zierlichen Weise der alten Stoffschränke, die bei aller Selbstsamkeit einer gewissen Grazie nicht entbehrten, sondern laut und polierend und immerfort in seiner knarrenden Kommandostimme laut mit sich selbst sprechend. Beschäftigt eilten die beiden alten Dämchen in ihren Morgenröden aus großartierem schottischen Wollstoff hin und her."

„Weißt Du was, Bingen, in diesem Zimmer hier neben dem Obersten werde ich schlafen. Wenn er nachts etwa auch so geräuschvoll ist, dann kannst Du kein Auge zutun."

„Du aber auch nicht, Holdchen", wehrte Bingen, die in Großmut nicht hinter der Schwester zurückstehen wollte."

(Fortsetzung folgt.)

Wie sich die Franzosen im Badener Land betragen.

In der Nationalversammlung wurde dieser Tage der schweren Leiden gedacht, die unsere Brüder im linksrheinischen Gebiet unter der drückenden Fremdherrschaft zu erdulden haben. Es wäre wohl angebracht gewesen, dabei auch des besetzten rechtsrheinischen Hanauer Gebiets (gegenüber Straßburg) zu gedenken. Es ist unbekannt, wie schwer die Hand der Franzosen auf dem bedeutungsvollen Hanauer Gebiet, das von der Entente zur „Strafe“ für die nicht ganz erfüllten Waffenstillstandsbedingungen besetzt wurde, lastet. Man kann es höchstens aus pathologischen Interesse erklären finden, warum die Franzosen solche Rohheiten gegen die unglückseligen Hanauer betreiben. Die Leute sind gehorsam und befolgen die Befehle ihrer Unterdrücker bis aufs I-Lüpfelchen. Aber wer sucht, der findet! In Rehl lebt ein Elchäffer als Gastwerksdirektor; Levang seines Namens; er ist mit einer Württembergerin verheiratet; die Kinder sprechen schwäbisch und können ebenso wenig wie die Mutter — französisch. Levang aber ist potenzieller Deutscherhasser; letztes Jahr erhielt er wegen unfähiger deutschfeindlicher Äußerungen 6 Monate Gefängnis, die er abtun mußte. Dieser Herr führt sich nun mit zwei weiteren Elchäffern als omnipotenter Gebieter von Rehl auf. Erbitterte Leute taten daraufhin das Dünne, was möglich war, sie warfen ihm in dunkler Nacht 12 Fenster Scheiben ein. Resultat: Die Stadtgemeinde Rehl mußte binnen 24 Stunden die Fenster Scheiben wieder einsetzen und 5000 Franken Buße (8000 Mark) bezahlen.

Gegen die Stadtgemeinde Rehl schwebt weiter ein Strafverfahren in Höhe von 1,5 Millionen Franken (2,4 Millionen Mark), weil sie angeblich Kessel des (französisch-englischen) Gastwerkes Rehl verkauft habe. Wegen eines Briefes, der gar nicht für das besetzte Gebiet bestimmt war, der aber von einem unüberlegten Manne in den Postkasten des Ottenheimer Juges geworfen und von den Franzosen bei der Revision gefunden wurde, erhielt der Jugführer eine Strafe von 300 Franken. Trohden er erklärte, daß er gar keinen Zutritt zu dem Postwagen habe, also völlig unschuldig sei, blieb es bei der Strafe. Der Jugführer mußte am anderen Tage 483 Mark Strafe bezahlen. Erbärmlich ist es, daß gerade Deutsche ihre Mitmenschen bei den Franzosen anklagen. In Rheinischhofsheim zeigte ein Hanauer einen früheren Soldaten an, weil er aus dem besetzten Frankreich Sachen nach Hause geschickt haben sollte. Die Franzosen hielten Hausdurchsuchung und fanden einige Kleinigkeiten. Strafe: 20 Jahre Zuchthaus.

Besonders schlimm ergreift es den Bürgern aus Bobersmiller. Dort ist ein Fabrikant aus Bille Ortskommandant, der den Deutschen einen furchtbaren Haß und tiefe Antipathie entgegenbringt. Die Einwohner von Bobersmiller müssen ständig den Strafgeißelstock in der Hand haben; sie dürfen ohne Erlaubnis nicht einmal die Röhren auf dem Felde holen, die sie dort in Wägen eingefahren haben. Jede Übertretung kostet 10 bis 100 Franken.

Die Geldstrafen, die täglich im Hanauerland verhängt werden, sind furchtbar. Der Bestrafte muß dann mit abschreckendem Beispiel die Strafe selbst nach Rehl tragen, darf keine Bahn benutzen, mag er noch so alt und gebrechlich sein, und mag er selbst am äußersten Ort des Besetzungsbereiches, in Alzenheim, wohnen. Hinter ihm trotzt ein Chasseur d'Afrique zu Pferde als Eskorte nach. Der Verurteilte unter den einzelnen Ortschaften ist strengstens verboten. Nur nach Erhalt einer „Permission de circulation", die einen Tag gilt, darf man den Nachbarort besuchen oder — seine Arbeit auf dem Felde betätigen.

Die deutsche Gendarmerie ist einem französischen Major unterstellt und muß im Hanauerland nach allen Fahrten, was die Bauern an Pferden, Wagen usw. während des Krieges angeschafft haben. Es soll das — verurteiltes Heeresgut sein, das die Franzosen dann gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes für sich beschlagnahmen.

Am besetzten Hanauer Gebiet sind mehr Truppen als Zivilisten; und fortgesetzt treffen weiteres Artilleriematerial und weitere Regimenter ein. Auf Befragen, wozu dieses Truppen- und Kanonenaufgebot (in dem kleinen Sundheim stehen 12 schwere Geschütze) dienen solle, erhält man die Antwort: Hindenburg stehe mit 3 Millionen Mann im Schwarzwald! Das hat „man" den Truppen eingeredet, und von dieser Meinung lassen sie sich nicht abbringen; sie haben fortgesetzt in Angst vor einem Überfall durch die „noch immer sehr starken deutschen Soldaten". Allerdings ist die Behandlung der Truppen selbst eine sehr strenge; die Disziplin, die gegen die Weissen angewendet wird, übertrifft den sogenannten preußischen Drill bei weitem. Die Farbigen werden mit der Peitsche traktiert.

Bei dem Treiben der Franzosen, das durch die obigen Tatsachen kurz geschildert wurde, braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie niemand in das besetzte Gebiet hinein- oder aus ihm hinauslassen und wenn sie jeglichen Briefverkehr unterbinden wollen; sie empfinden es selbst, daß sie sich nicht wie gebildete, zivilisierte Europäer benehmen. Der grausam durchgeführte Abschluß beweist am besten bereits an und für sich, daß die Franzosen sich der Redlichkeit ihres Verhaltens selber bewußt, aber zu überfüllt sind, als daß sie bei ihrem Temperament eine edlere Regung gegenüber uns Deutschen obliegen lassen könnten!